

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats am 3. Juli 2014

Ort: Radio Bremen, Weser-Haus Konferenzzentrum

Beginn: 16:20 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Teilnehmer:

Vorsitz:

Eva-Maria Lemke-Schulte

Rundfunkrat:

Doris Achelwilm
Alice Bachmann
Andreas Brandes (bis TOP 4)
Irmgard Czarnecki
Matthias Dembski
Karin Fricke
Wolfgang Grotheer (ab TOP 4)
Wiebke Hamm
Hellena Harttung
Elke Heyduck
Dr. Martina Höhns
Karin Kiese
Katrjn Lehmann
Elvira Noa
Prof. Dr. Heinz-Otto Peitgen
Dr. Beate Porombka
Anna Igho Priester
Beate Röllecke (ab TOP 5)
Antje Schreiner
Barbara Tülp
Norbert Wilke

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Senatskanzlei:

Dr. Melanie Hüper

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Jens Böttger
Jan-Thede Domeyer
Michael Gerhardt
Michael Glöckner
Jan Schrader
Heike Wilke

Personalrat:

Christian von Plato
Gaby Schuylenburg

Frauenbeauftragte:

Birgitta Tunkel

Publikumsbeauftragte:

Gesine Reichstein

Deutsche Fernsehlotterie:

Christian Kipper

Protokoll:

Merle Schmidt

Entschuldigungen:

Rundfunkrat:

Uwe Boysen, i.V. Karin Kiese
Andreas Brandes ab 17.30 Uhr, dann (ab TOP 5) i.V. Beate Röllecke
Annette Düring und ihr Stellvertreter Uwe Roes
Susan Ella-Mittrenga und ihr Stellvertreter Florian Prübusch
Dieter Mazur, i.V. Irmgard Czarnecki
Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner
Cornelius Neumann-Redlin und seine Stellvertreterin Annika Brinkmann
Joachim Schwolow, i.V. Karin Fricke

Personalrat:

Rainer Kahrs

Schwerbehindertenvertretung:

Susanne Tetzke

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial, i.V. Dr. Melanie Hüper

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung am 27. März 2014
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Deutsche Fernsehlotterie
Vorlage: Präsentation
Gast: Christian Kipper, Geschäftsführer Deutsche Fernsehlotterie
5. Bericht des Intendanten
Vorlage 10/2014
6. Berichte aus den Ausschüssen
7. Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
8. Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss
Vorlage 13/2014
9. Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 11/2014
10. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 12/2014
11. Verschiedenes

Die Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung um 16:20 Uhr und begrüßt die interessierte Öffentlichkeit sowie insbesondere Herrn Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie, der zu TOP 4 der heutigen Sitzung zu Gast ist.

Frau Lemke-Schulte weist darauf hin, dass die nächste Rundfunkratsitzung am 18. September 2014 in Bremerhaven im Eurotop-Gebäude im Eurogate-Container-Terminal stattfinden wird. Bereits gegen 12:00 Uhr werde es für die Rundfunkratsmitglieder einen Shuttle ab Radio Bremen geben, da vor der Sitzung noch eine Fahrt durch den Container-Terminal und ein Imbiss geplant seien. Im Anschluss an die Sitzung, gegen 19:00 Uhr, bringe der Shuttlebus die Mitglieder zurück nach Bremen. Der genaue Zeitplan werde noch von dem Gremienbüro mitgeteilt.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Lemke-Schulte weist darauf hin, dass sie den Rundfunkratsmitgliedern in Absprache mit der Vorsitzenden des Finanz- und Organisationsausschusses, Frau Hamm, am Vormittag eine E-Mail habe zukommen lassen. Inhalt sei ein Schreiben des Deutschen Journalistenverbands Bremen in Bezug auf die Nachwahl eines Mitglieds des Finanz- und Organisationsausschusses. Nach juristischer Einschätzung des Vorstands des DJV müsse Herr Schloesser trotz seines Wechsels in die Stellvertretung seine Mitgliedschaft im Finanz- und Organisationsausschuss nicht niederlegen und somit auch kein neues Mitglied gewählt werden. Dieses Schreiben sei erst am gestrigen Tage eingegangen und da eine sorgfältige Vorbereitung für einen Entscheidungsprozess im Rundfunkrat erforderlich sei, bitte sie gemeinsam mit Frau Hamm um Vertagung des TOP 8 „Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss“. Hier sei zunächst eine juristische Klärung notwendig. Voraussichtlich werde die Beratung dann in der Rundfunkratsitzung am 18. September 2014 erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird TOP 8 gestrichen und die Tagesordnung mit dieser Änderung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung am 27. März 2014

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 3: Bericht der Vorsitzenden

Frau Lemke-Schulte berichtet, dass die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) mehrfach getagt habe. Sie begleite weiterhin das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es beziehe sich zwar auf den ZDF-Staatsvertrag, werde von den ARD-Gremien aber auch als Arbeitsauftrag verstanden. Wenn der Gesetzgeber Änderungsvorschläge machen wolle, dann sei er dazu aufgerufen; bisher sei jedoch in dieser Hinsicht nichts erfolgt. Das Radio Bremen-Gesetz sei allerdings in der Tat vorausschauend und der Rundfunkrat stehe

nach wie vor hinsichtlich Transparenz, Veröffentlichung von Tagesordnungen und Protokollen sowie grundsätzlich öffentlicher Tagung (außer bei Personalangelegenheiten etc.) gut da. Nur an einem Punkt im Radio Bremen-Gesetz könnte sich gegebenenfalls eine Änderung ergeben. Dies sei aber nach wie vor in erster Linie die Angelegenheit des Gesetzgebers. Die GVK-Sitzung Ende Juni, das sog. 3sat-Treffen, habe gemeinsam mit dem ZDF-Fernsehrat bzw. dem Präsidium des ZDF-Fernsehrats stattgefunden. Dort hätten die ARD-Gremien ihre Arbeitsweise, Pläne und Mitwirkungsmöglichkeiten dargelegt und das ZDF-Präsidium habe dies zur Kenntnis genommen. Wie die Entwicklung beim ZDF-Fernsehrat sein werde, bleibe abzuwarten. Bis spätestens zum 30. Juni 2015 müsse eine verfassungsgemäße Neuregelung erfolgen.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, dass die GVK Frau Susanne Spiekermann einstimmig als Geschäftsführerin gewählt habe. Sie trete damit die Nachfolge von Frau Dr. Susanne Pfab an, die am 1. Januar 2015 neue ARD-Generalsekretärin werde. Susanne Spiekermann sei Volljuristin mit einer spezifischen Medienrechtsausbildung und seit Mai 2011 stellvertretende Leiterin der GVK-Geschäftsstelle in München. Nach Ansicht der Gremienvorsitzenden eigne sie sich hervorragend als Nachfolgerin für Frau Dr. Pfab.

Ferner hätten die Gremienvorsitzenden von ARD, ZDF und ORF mittels einer Stellungnahme an die Verhandlungsführer von TTIP appelliert und gefordert sicherzustellen, dass die Versteigerung und Zuteilung von Frequenzen im eigenen hoheitlichen Bereich verhandelbar bleibt.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, dass das Präsidium vorschlage, eine Fortbildung zum Thema Jugendschutz durchzuführen, nachdem Frau Ella-Mittrenga als Mitglied des ARD-Programmbeirats mehrfach auf die Wichtigkeit des Themas hingewiesen und eine intensivere Auseinandersetzung des Rundfunkrats damit angeregt habe (Rundfunkratssitzungen am 14. März 2013 und am 27. März 2014). Weiterhin schlage das Präsidium vor, eine Sondersitzung zu dem Thema Sportrechte, Sportrechteerwerb und –nutzung zu veranstalten. Die Vorsitzende erinnert daran, dass Herr Prof. von der Vring zur Rundfunkratssitzung am 23. Oktober 2013 eine Vorlage zu dem Thema erarbeitet habe, die man aus Zeitgründen nicht umfänglich habe beraten können.

Ein Rundfunkratsmitglied begrüßt diesen Vorschlag und insbesondere das Vorhaben, eine Sondersitzung über Sportrechte durchzuführen. Es weist darauf hin, dass eine solche Sitzung aber entsprechend vorbereitet werden müsse und fragt, ob es hier Überlegungen seitens des Präsidiums gebe.

Frau Lemke-Schulte erklärt, dass man zunächst habe abwarten wollen, ob der Rundfunkrat mit dem Vorschlag einverstanden sei. Die Sitzung würde dann natürlich entsprechend vorbereitet. Es gebe Vertreter auf ARD-Ebene, die man einladen könnte, zudem sei Herr Prof. Dr. von der Vring exzellent in dem Thema verhaftet und habe dazu auch schon die erwähnte Vorlage erarbeitet. Das Präsidium würde sich der detaillierten Vorbereitung widmen und dann auch entsprechende Terminvorschläge unterbreiten. Ihrer Ansicht nach sollte die Sondersitzung möglichst noch in diesem Jahr stattfinden.

Herr Prof. Dr. von der Vring erklärt, dass sich seiner Meinung nach der Hörfunk- oder Fernsehausschuss vorab mit dem Thema befassen und eine solche Sondersitzung vorbereiten sollte.

Herr Metzger bestätigt, dass es mit dem ARD-Sportkoordinator Axel Balkausky und dem Geschäftsführer der „SportA“ Dr. Adrian Fikentscher in der ARD exzellente Experten für dieses Thema gebe, die auch schon von anderen Rundfunkräten eingeladen worden seien. Er empfehle hier eine Kontaktaufnahme, da die Herren zu allen finanziellen und programmlichen Zusammenhängen Auskunft geben könnten.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich für den Hinweis und erinnert daran, dass Herr Dr. Fikentscher auch bereits bei Radio Bremen zu Gast gewesen sei, und zwar in der Rundfunkratssitzung am 28. Juni 2012.

Ein Rundfunkratsmitglied bittet um zeitnahe Klärung der Terminfrage im E-Mail-Verfahren, da es im zweiten Halbjahr 2014 bereits viele feststehende Termine und daher vermutlich nicht mehr viele Auswahlmöglichkeiten gebe.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied erinnert daran, dass unabhängig von der Bedeutung des Themas Jugendschutz im Rundmail-Verfahren eine Abfrage beim Rundfunkrat gemacht worden sei, welche Themen für eine Fortbildung relevant sein könnten, und fragt nach dem Ergebnis. Es habe sicherlich eine Bewertung des Präsidiums gegeben. Da ihm der heute unterbreitete Vorschlag wie eine Ad-hoc-Aktion vorkomme, bitte es um nochmalige Betrachtung im Gesamtzusammenhang.

Frau Lemke-Schulte bestätigt, dass sich das Präsidium mit den Vorschlägen befasst habe. Sie könne sich aus dem Stegreif aber nicht an das Ergebnis im Detail erinnern und bittet Frau Schmidt aus dem Gremienbüro um Ergänzung.

Frau Schmidt erklärt, dass es kaum Rückmeldungen auf die Abfrage gegeben habe. Sie habe die eingegangenen Themenvorschläge an das Präsidium gegeben, woraufhin beschlossen worden sei, sich als Erstes mit dem Thema „Digitalkanäle / Junge Inhalte“ zu befassen. Daraufhin habe am 6. Februar 2014 die Sondersitzung zu dem geplanten crossmedialen Jugendangebot von ARD und ZDF stattgefunden. Sie leite die Themenliste aber gerne nochmals für eine Gesamtbetrachtung an das Präsidium weiter.

Frau Lemke-Schulte sagt zu, dass das Präsidium das Thema „Fortbildungen“ noch einmal auf die Tagesordnung nehmen werde.

Ein Rundfunkratsmitglied bezieht sich auf die Aussage von Frau Lemke-Schulte, dass sich die GVK mit dem Freihandelsabkommen beschäftigt habe und stellt fest, dass es sich hierbei um eine wichtige Angelegenheit handele. Auf seine Nachfrage bestätigt **die Vorsitzende**, dass es hierzu eine ausführliche Beratung und die genannte Beschlussfassung gegeben habe.

Der Verwaltungsratsvorsitzende ergänzt, dass die ARD-Leitung mit diesem Thema befasst sei. Ihre Juristen pflegten gute Beziehungen zur EU-Kommission und zum Europäischen Parlament und hätten eine Gruppe organisiert, die die Gesetzgebung beobachte, mit dem Parlament kommuniziere und rechtzeitig an die Öffentlichkeit gehe. Auch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bzw. die Staatskanzleien seien eingeschaltet, da sie letztendlich im Ministerrat die deutsche Stimme führten und in Medienangelegenheiten zuständig seien. Es bestehe der Eindruck, dass man sich hier auf der richtigen Linie befinde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt **die Vorsitzende** ihren Bericht.

TOP 4: Deutsche Fernsehlotterie

Vorlage: Präsentation

Gast: Christian Kipper, Geschäftsführer Deutsche Fernsehlotterie

Frau Lemke-Schulte begrüßt erneut Herrn Kipper und erteilt ihm das Wort.

Herr Kipper hält eine Präsentation, die dem Protokoll beiliegt. Er zeigt zudem den Film zur Wochenziehung vom 16. Februar 2014. Darin wird als gefördertes Projekt das Christliche Reha-Haus Bremen e.V. vorgestellt.¹

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Kipper für die Informationen. Sie erinnert daran, dass der Rundfunkrat einen Beschluss zur Moderation der Fernsehlotterie durch Prominente bzw. deren Honorierung gefasst habe. Dass nun stattdessen am Sonntagabend aus den geförderten Einrichtungen direkt berichtet werde, sei eine gute Neuerung, die sicherlich auch bei dem Publikum auf positive Resonanz stoße. Was die Deutsche Fernsehlotterie leiste, sei hervorhebenswert.

Herr Kipper habe erläutert, wie die eingenommenen Mittel verwendet werden, dass die Lotteriesteuer bspw. 17 Prozent betrage und dass rund 10 Prozent des Spielkapitals in die Verwaltung flössen. Frau Lemke-Schulte fragt, in welchem Mittelrahmen man sich hier insgesamt bewege. Zweitens erstaune es sie, dass im ersten Halbjahr 2014 nur ein Förderantrag aus Bremen gestellt worden sei. In den letzten Jahren sei immer rund 1 Prozent der Fördermittel nach Bremen geflossen. Dies sei nicht besonders erklecklich. Sie fragt, wer nach welchen Förderrichtlinien über die Mittelvergabe entscheide.

Ein Rundfunkratsmitglied stellt fest, dass die Arbeit der Deutschen Fernsehlotterie ehrenwert sei. Es fragt, warum in Bremen so wenige Anträge gestellt würden und ob dies daran liegen könnte, dass die Förderschwerpunkte und der Aufbau der Förderstrukturen nicht hinreichend transparent seien.

¹ Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=AXSzRJKXfxk>.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied fragt, inwiefern bei Trägern und Stiftungen dafür geworben werde, sich an der Lotterie zu beteiligen, und nach welchen Kriterien über die Mittelvergabe entschieden werde. Im Sendegebiet von Radio Bremen seien 2009 noch zwölf Projekte gefördert worden, im Jahr 2010 nur noch drei Projekte. Diese hätten zwar nicht proportional weniger Geld erhalten, aber es gebe doch einen deutlichen Unterschied. Das Mitglied bittet um Erläuterung des Aufkommens von Bewerbungen und in welchem Verhältnis dies zu Projektablehnungen stehe.

Herr Kipper erklärt, dass im vergangenen Jahr insgesamt rund 151 Mio.€ als Spielkapital eingenommen worden seien. Der Staatsvertrag sehe vor, dass mind. 30 Prozent des Spielkapitals in die Gewinnausschüttung fließen, weitere 30 Prozent stünden für karitative und soziale Zwecke zur Verfügung. Die Lotteriesteuer betrage 17 Prozent und die Verwaltungskosten beliefen sich auf rund 10 bis 12 Prozent. Die dann noch verbleibenden Mittel würden ebenfalls für die Förderung sozialer Projekte zur Verfügung gestellt. Das Spielkapital sei seit dem Inkrafttreten der neuen Staatsverträge seit 2008 rückläufig, da die Restriktionen im Vertrieb und der Werbung für Soziallotterien unverhältnismäßig seien. Mit den Auflagen könne die Fernsehlotterie nicht im erforderlichen Maße auf sich verändernde Nutzungsverhalten in der Gesellschaft beim Medienkonsum und der Internetnutzung reagieren. Mit dem rückläufigen Spielkapital verringerten sich auch die Mittel, die für den sozialen Zweck zur Verfügung gestellt werden können.

Was die Mittelverteilung auf die Bundesländer angehe, so habe die Deutsche Fernsehlotterie keinen Einfluss darauf, wie viele Anträge aus den einzelnen Ländern kommen. Sie habe eine hohe Präsenz und Bekanntheit in den Wohlfahrtsverbänden, bei freien – und gerade noch jungen – Trägern könne es jedoch sein, dass dort diese Möglichkeit der Mittelbeantragung weniger bekannt sei. Rund 90 bis 95 Prozent der Fördermittel fließen in die klassischen Wohlfahrtsverbände (Diakonie, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden, Kuratorium Deutscher Altershilfe usw.). Dort sei die Deutsche Fernsehlotterie neben den beiden anderen Soziallotterien, der Aktion Mensch und der Glücksspirale, sehr wohl bekannt. Die Anmeldungen der örtlichen Projekte liefen jedoch über die jeweiligen Spitzen- bzw. Wohlfahrtsverbände. Dort würden diese zunächst noch einmal geprüft und es werde entschieden, ob die einzelnen Anträge tatsächlich für die Fernsehlotterie bzw. das Hilfswerk zugelassen werden. Er könne nur dazu ermuntern, Anträge zu stellen.

Es gebe bei der Stiftung zwei Gremien: das Kuratorium als beratendes Gremium und den Vorstand als Entscheidungsgremium. Ein Vierteljahr vor den Sitzungsterminen sei Annahmeschluss. Bis dahin müssten die Anträge weitestgehend korrekt und vollständig in der Geschäftsstelle eingegangen sein, um zu einer der beiden unterjährigen Vergabesitzungen zugelassen zu werden. In der Tat werde ein gewisser Umfang an Unterlagen benötigt, um eine Förderung über die Gremien bewilligen zu können, aber die Verbände hätten hierbei in der Regel bereits eine gewisse Routine. Wenn der Antrag rechtzeitig eingegangen und vom jeweiligen Spitzenverband zugelassen worden sei,

dann habe er Chancen, auch in dem Jahr der Antragsstellung genehmigt zu werden. Es fänden immer mal Kürzungen statt oder Diskussionen in den Gremien unter Teilnahme des antragsstellenden Verbandes; gelegentlich gebe es auch Ablehnungen. In der Regel würden aber 95 bis 98 Prozent aller Anträge so genehmigt, wie sie eingereicht werden. Die Hürde bei der Stiftung selbst bzw. bei den Gremien sei nur noch sehr gering.

Herr Kipper führt weiter aus, dass die Förderschwerpunkte in der Kinder-, Jugend-, Alten- und Gesundheitshilfe lägen. Dies sei anders als bei der Aktion Mensch, die stark mit der Thematik „Inklusion“ werbe. Bei der Deutschen Fernsehlotterie sei in den Vergaberichtlinien und in der Präambel der Satzung beschrieben, dass man die genannten Anliegen unterstützen und fördern wolle. Es handle sich um soziale Maßnahmen und er habe es in seiner Tätigkeit auch mehrfach erlebt, dass aus den Wohlfahrtsverbänden neue Hilfsprojekte kreiert werden. Auch dieser Bereich verändere sich laufend, so dass die Deutsche Fernsehlotterie im Bereich der Altenhilfe bspw. zunächst vor allem klassische Altenheime gefördert habe, dann das betreute Wohnen und heute spiele im Antragswesen vor allem das Mehrgenerationenhaus eine große Rolle. Auch hier veränderten sich natürlich Maßnahmen oder Inhalte von Maßnahmen. Die Deutsche Fernsehlotterie fördere Baumaßnahmen und die Ausstattungen von Einrichtungen, wenn diese den Zielgruppen zugute kommen, die sie nach den Förderrichtlinien und der Satzung berücksichtigen müsse. Es werde Wert auf einen Finanzierungsplan und eine ordnungsgemäße Geschäftsführung vor Ort gelegt und es würden Nachweise über den zweckentsprechenden Einsatz der Mittel gefordert. Die Geschäftsstelle nehme punktuell Stichproben vor, um zu überprüfen, wie das Geld vor Ort tatsächlich verwendet und ob es satzungsgemäß eingesetzt werde. Die höchstmögliche Einzelsumme liege bei 300 T€, es gebe allerdings eine Ausnahmeregelung für sogenannte Leuchtturmprojekte, bei denen die Fördersumme deutlich höher sein könne. Insofern sei es für die Deutsche Fernsehlotterie wichtig eine Sicherheit zu haben, da sie mit dem Geld, das die Mitspieler für die Lose ausgeben, treuhänderisch umgehe.

Auf Nachfrage **aus dem Rundfunkrat** nach dem Konstrukt bzw. der Verknüpfung von Lotterie und Stiftung erklärt **Herr Kipper**, dass die Deutsche Fernsehlotterie eine Mittelbeschaffungsgesellschaft für die Stiftung Deutsches Hilfswerk sei. Die Lotterie müsse der Stiftung alle Mittel, die sie übrig habe, zur Verfügung stellen. Bei der Lotterie bilde man keine Rücklagen, sie arbeite nicht im eigenwirtschaftlichen Interesse, sondern das Geld gehöre der Stiftung. Die Fernsehlotterie beschaffe als gemeinnützige GmbH Mittel über den Losverkauf und die Stiftung gebe die Mittel auf Anträge weiter. Nach außen werde natürlich primär die Fernsehlotterie beworben, da sie die Einrichtung sei, die die Lose verkaufe. Gleichwohl habe die Stiftung gerade in den Wohlfahrtsverbänden natürlich eine ebenso große Bekanntheit und Präsenz wie die Lotterie.

Ein Rundfunkratsmitglied erinnert daran, dass Herr Kipper von den Herausforderungen gesprochen habe und hier im Wesentlichen die vermehrte Zahl der Wettanbieter angesprochen habe. Es könnte aber auch noch eine ganz

andere Herausforderung geben, für die man bei der Fernsehlotterie sicherlich auch ein Bewusstsein habe. Die jüngeren Generationen wollten an dem Gemeinwesen aktiv und kreativ gestaltend partizipieren. In den sozialen Medien seien Web-Plattformen zu beobachten, die Crowdfunding anbieten. Dabei gehe es nicht darum, irgendwelche Startups zu finanzieren, sondern sich flexibel und agil zusammen tun zu können, um insbesondere auch soziale Projekte zu unterstützen. Diese Entwicklung greife das Modell der Deutschen Fernsehlotterie möglicherweise von einer ganz anderen Seite an.

Herr Kipper erklärt, dass die jüngere Generation für die Fernsehlotterie ein großes Thema sei. Man sei sich bewusst, dass es in dem Konstrukt ein gewisses Problem darstelle, dass das Geld für die Lose in einen großen Topf fließe und dass der Loskäufer nicht mitentscheiden könne, welches Projekt von seinem Beitrag gefördert werde. Er erlebe es auch im Tagesgeschäft, dass junge Menschen nach wie vor sehr wohl eine ausgeprägte Ader haben, dass sie sich engagieren und einbringen wollen. Crowdfunding sei tatsächlich ein populäres Prinzip, nur könne man es bei der Fernsehlotterie nicht ohne Weiteres einführen, da sie der Aufsicht von Lotteriebehörden unterliege und das Lotteriewesen Ländersache sei und jede Veränderung eine behördliche Genehmigung erfordere. In der Tat hätten sich nicht nur die Bedingungen beim Vertrieb geändert, sondern auch die Bereitschaft sich zu engagieren sei heute eine andere als noch vor 30 Jahren.

Auf Nachfrage **eines Rundfunkratsmitglieds** gibt **Herr Kipper** an, dass die Fernsehlotterie seit Jahren einen nahezu unveränderten Stamm von 25 Mitarbeitenden habe. Bei der Stiftung seien vier Mitarbeitende beschäftigt, so dass das Geschäft seit Jahren von rund 30 Beschäftigten bewältigt werde. Die Fernsehlotterie arbeite darüber hinaus mit einer Werbeagentur, mit einer Presseagentur und auch mit Mediaagenturen zusammen.

Auf weitere Frage **aus dem Rundfunkrat**, wohin die 5 bis 10 Prozent an Fördermitteln fließen, die nicht an die klassischen Wohlfahrtsverbände gehen, und aus welchen Gründen eine Ablehnung erfolge, erklärt **Herr Kipper**, dass diese Mittel an die freien Träger gingen. Dies sei der deutlich kleinere Teil, wengleich jeder freie Träger die Möglichkeit habe Projekte einzureichen. Die Anträge seien gleichberechtigt mit denen der großen Wohlfahrtsverbände, dennoch sei es historisch so gewachsen, dass 90 bis 95 Prozent der Fördermittel bei den Wohlfahrtsverbänden ankommen. Möglicherweise müsse bei den freien Trägern noch mehr für die Institution der Soziallotterie geworben werden, wengleich gerade junge Initiativen oftmals durchaus recherchierten und wüssten, wo man Geld abfordern und Anträge stellen könne.

Der Verwaltungsratsvorsitzende bittet um eine Klarstellung. Wenn im Jahr 2012 nur ein Antrag aus dem Sendegebiet von Radio Bremen bei der Fernsehlotterie eingegangen sei, bedeute dies nicht automatisch, dass hier auch nur eine Einrichtung einen Antrag gestellt habe. Er schließe aus der Angabe von Herrn Kipper, dass nur ein kleiner Teil der beantragten Projekte abgelehnt werde, dass die Spitzenverbände ein Paket vorlegten, das in etwa der Größenordnung der zur Verfügung stehenden Mittel entspreche. Die Frage,

warum Bremische Träger so wenig gefördert werden, müsse daher von den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege beantwortet werden. Man sollte sich hier um eine Information bemühen.

Herr Kipper bestätigt, dass die Spitzenverbände in etwa wüssten, in welcher Höhe Vergabemittel zur Verfügung stehen, und dass sie daraufhin Pakete festlegten. Dies halte er auch für sinnvoll, da man keine Antragswelle vor sich herschieben wolle, die ggf. nicht bedient werden könne. Insofern sei eine gewisse Kalkulierbarkeit auch für die Einrichtungen von Vorteil, als dass ein Antrag gestellt werde, der am Ende doch abgelehnt werden müsse. Um eine solche Bugwelle auch vor dem Hintergrund rückläufiger Einnahmen nicht bei der Fernsehlotterie oder dem Deutschen Hilfswerk entstehen zu lassen, habe man die höchste Einzelförderung auch von 500T€ auf 300 T€ abgesenkt.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Kipper für die Informationen.

TOP 5: Bericht des Intendanten
Vorlage 10/2014

Herr Metzger verweist auf seinen schriftlichen Bericht und die Tischvorlage zu Themen aus der ARD-Sitzung am 23./24. Juni 2014. Nachfragen beantwortete er gerne. Mündlich wolle er vor allem über die jüngsten Diskussionen zu den Folgen des Finanzausgleichs für Radio Bremen berichten. Die Gesetzgebung der Länder stehe zwar noch aus, aber man sei zuversichtlich und habe bereits überlegt, wie es bei einer Zustimmung für Radio Bremen in den nächsten Jahren weitergehe. Radio Bremen könne dann ab 2015 mit 10 Mio.€ pro Jahr mehr rechnen, zusätzlich zu dem aktuellen Budget von 90 Mio.€. In den Jahren 2015 und 2016 seien dies zunächst zusätzliche Leistungen aus der ARD, ab 2017 würde die Angelegenheit staatsvertraglich geregelt, so dass die beiden kleinen Anstalten statt bisher 1 Prozent dann 1,6 Prozent des Beitragsaufkommens der ARD erhielten. Dabei sei in den Verhandlungen auch eine Vergrößerung des Radio Bremen-Anteils gegenüber dem Anteil des Saarländischen Rundfunks erreicht worden.

Die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel sei in den vergangenen Wochen intensiv beraten worden. Es habe mehrere Klausuren gegeben und die Überlegungen und Beschlüsse seien inzwischen auch im Haus kommuniziert und der Personalvertretung mitgeteilt worden. Die Grunddiskussion habe sich um die Frage gedreht, wie viel von dem Geld in die Sicherung des Bestandes fließen müsse und wie viel Geld man für Programminnovationen zur Seite bringen könne. Es gebe zwei gute Nachrichten: Die 10 Mio.€ hälften, den aktuellen Bestand für die nächsten Jahre zu sichern, indem dadurch Preissteigerungen, zu tätige Investitionen etc. abgedeckt würden. Man habe aber auch Gelder freisperren können für Neues, vor allem für Mehrausgaben im Programm. Eine Erweiterung des Status Quo habe man teilweise bereits im vergangenen und in diesem Jahr schon angeschoben, wie zum Beispiel mit der Doku-Reihe „Unter Deutschen Dächern“, einem elektronischen Pressepiegel, der Bereitstellung von Geldern für die Wochenwebschau und für On-

linedienste beim Nordwestradio und buten un binnen. Frei zur Verfügung stünden ab 2015 dann noch 1,8 Mio.€. In der Programmdirektion seien im Rahmen einer Umfrage Wünsche für neue Programmvorhaben i.H.v. rund 7,5 Mio.€ geäußert worden. Da nicht alle diese Wünsche erfüllt werden könnten, habe man für das Jahr 2015 zunächst einmal zwei Prioritäten identifiziert.

Der erste Schwerpunkt sei der Ausbau des Online-Angebots. Hier sei aktuell ein Projekt zur Weiterentwicklung gestartet, das sowohl strukturelle als auch inhaltliche Fragen beantworten solle. Im Kern solle rund um die vorhandenen Programminhalte ein Regionalportal unter dem Titel buten un binnen aufgebaut werden, aber auch die Arbeitsstruktur des Onlinebereichs solle unter anderem überdacht werden.

Der zweite Schwerpunkt sei die Weiterentwicklung von NEXT. Zu diesem Programmvorhaben habe der Rundfunkrat das Haus in seiner Sitzung am 6. Februar 2014 ausdrücklich ermutigt. Herr Metzger zitiert aus dem damaligen Beschluss:

„Der Rundfunkrat begrüßt, dass Radio Bremen sich mit jungen Inhalten nicht nur in der ARD engagiert, sondern ab 2015 auch ein junges, crossmediales Angebot für das Land Bremen anstrebt. In diesem Zusammenhang würdigt der Rundfunkrat das Programm von Bremen NEXT, das sich schon jetzt über Digitalradio an Jugendliche im Land Bremen richtet. Er unterstützt ausdrücklich dessen weitere Entwicklung und ermutigt Radio Bremen in diesem Zusammenhang zu prüfen, wie zukünftig die Empfangbarkeit dieses Angebots verbessert werden kann.“

Der Frage der Empfangbarkeit werde man sich nun widmen. Karsten Binder, Redaktionsleiter Funkhaus Europa, werde dieses Projekt leiten und entwickeln. Da ein großer Teil der Zielgruppe der unter 30-Jährigen im Land Bremen migrantische Wurzeln habe, mache die Ansiedlung des Projekts in der Nähe des Funkhaus Europa Sinn, da dort bereits umfangreiche Kontakte, Wissen und Know-how zu diesem Thema vorhanden seien. Aktuell werde eine erste Programmskizze entwickelt und man hoffe, ab Anfang 2015 mit den zusätzlichen Mitteln eine Projektredaktion einrichten zu können, so dass NEXT programmlich in der Mitte des Jahres sichtbar, klickbar und hörbar an den Start gehen könne.

Neben diesen beiden Schwerpunkten werde man zudem versuchen, noch eine Reihe von kleineren Wünschen aus dem Programm zu berücksichtigen (Stärkung von Bremen Eins und Bremen Vier, Formatentwicklung, App und Innovation bei buten un binnen, Stärkung der Fachkompetenz der Reporterinnen und Reporter, Zulieferungen für die ARD (Netz-Themen für ARD-Aktuell) und das Dritte Programm etc.).

Herr Metzger erklärt zur Stellung Radio Bremens innerhalb der ARD, dass es sich um eine ungewohnte Situation handle. Was dieser kleine Sender in den vergangenen Jahren an Sparmaßnahmen und Verschlankung hinter sich ge-

bracht habe, das hätten die anderen ARD-Anstalten nun vor sich. In Bezug auf die laufende Beitragsperiode gebe es die Entscheidung der Landesregierungen und der KEF, dass über die über den Rundfunkbeitrag erwirtschafteten Mehreinnahmen nicht verfügt werden dürfe. Dass dieses Geld keiner der Landesrundfunkanstalten über den bisher anerkannten Bedarf hinaus zur Verfügung stehe, führe dazu, dass die Einnahmen für alle Anstalten bei steigenden Kosten in dieser Beitragsperiode gedeckelt seien. Dies führe bspw. zu einem Stellenabbau beim WDR und rigiden Sparprogrammen beim NDR, wie auch der Presse zu entnehmen sei. Radio Bremen habe die Entscheidung, dass die Mehreinnahmen nicht verwendet werden dürfen, für 2014 ebenfalls getroffen. Ab 2015 habe man aber, wie auch der Saarländische Rundfunk, mit dem Finanzausgleich eine andere Situation als die übrigen Landesrundfunkanstalten, da man erstmals mehr Geld zur Verfügung habe anstatt real steigender Preise und gedeckelter Einnahmen. Zum ersten Mal sehe man also, dass sich die Sparanstrengungen der vergangenen Jahre auf der einen und der neue Finanzausgleich auf der anderen Seite tatsächlich auszahlten. Dies sei für Radio Bremen gewöhnungsbedürftig und man müsse verantwortlich und zurückhaltend mit dieser neuen Situation umgehen. Dies gelte für die Jahre 2015 und 2016 – ab 2017 würden dann die Karten wieder neu gemischt, wenn es erneut eine normale Anmeldung aller Landesrundfunkanstalten gebe. Insofern blicke Radio Bremen aktuell zuversichtlich in die Zukunft.

Abschließend weist Herr Metzger noch darauf hin, dass im Rahmen des Finanzausgleichs auch der Leistungs-Gegenleistungs-Ausgleich innerhalb der ARD neu geregelt worden sei. Da die 3 Mio.€, die der NDR bisher als Beteiligung in das Nordwestradio als gemeinsames Programm von Radio Bremen und dem NDR investiert habe, ab 2015 nicht mehr zweckgebunden fließen würden, habe man Gespräche mit dem NDR zu einer Auflösung der Kooperationsvereinbarung über das Nordwestradio begonnen. Das Einvernehmen mit dem NDR hierzu sei bereits hergestellt, derzeit würden noch der Zeitplan und das genaue Verfahren besprochen. Es seien dann auch in beiden Häusern die Gremien damit zu befassen. Sobald also feststehe, wie und zu welchem Zeitpunkt die Auflösung der Kooperationsvereinbarung erfolgen könne, werde Herr Metzger den Rundfunkrat informieren. Dies bedeute, dass Radio Bremen möglicherweise schon ab 2015, spätestens aber ab 2016 das Nordwestradio in eigener Regie führen werde. Er bittet Herrn Weyrauch bei dieser Gelegenheit, ein kurzes Update zum Relaunch des Programms zu geben.

Die Vorsitzende bedankt sich beim Intendanten für diese zusätzlichen und aktuellen Informationen und gibt das Wort an den Programmdirektor.

Herr Weyrauch erklärt, dass seit dem 6. Januar 2014 das neue Nordwestradio laufe. Wie es bei so einer grundlegenden Reform zu erwarten gewesen sei, habe es am Anfang viele Zuschriften gegeben. Es habe viel Kritik, aber auch Lob in Bezug auf die neue Musik gegeben und man habe sich bemüht, auf jede Zuschrift zu antworten. Da man den Beschwerdeführern Grund und Ziel des Relaunchs erläutert habe, habe man schließlich doch viel Verständnis für die Änderungen geerntet. Inzwischen erhalte das Nordwestradio etwa wieder dieselbe Anzahl an E-Mails und Zuschriften wie vor dem Relaunch,

zudem seien die Rückmeldungen nun deutlich positiver. Gerade was die Musik angehe habe sich gezeigt, dass man auf dem richtigen Weg sei. Inhaltlich habe es von Anfang an nicht besonders viel Kritik gegeben. Wie erfolgreich der Relaunch sei und wie gut das neue Programm insgesamt bei den Hörerinnen und Hörern ankomme, wisse man jedoch noch nicht. Am 15. Juli 2014 werde die Media-Analyse 2014 Radio II veröffentlicht, bei der immerhin die zweite Befragungswelle nach dem Relaunch des Nordwestradio stattgefunden habe. Ob sich hier jedoch bereits etwas ablesen lassen werde, sei fraglich. Bei Radio Bremen und im Nordwestradio-Team sei man in jedem Fall mit der neuen Anmutung sehr zufrieden.

Was das Strukturelle angehe, so rumple es nach wie vor an der einen oder anderen Ecke, was für einen solchen Relaunch-Prozess nicht verwunderlich sei. Die Wirtschaftsplanung für das Nordwestradio habe in 2013 zu einem Zeitpunkt erstellt werden müssen, als die Projektgruppen mit ihrem inhaltlichen Prozess noch nicht fertig gewesen seien. Daher sei von vornherein klar gewesen, dass nur eine verbindliche Gesamtsumme für das Nordwestradio festgelegt werden konnte, die am Ende des Jahres eingehalten werden müsse. Die Einzelpositionen hätten dagegen auf Schätzungen beruhen müssen, die es nach dem Relaunch auf die Bedürfnisse des neuen Programms anzupassen galt. Zum Sendestart habe man zunächst die Tagesredaktion verstärkt, durch ein monatliches Reporting dann aber schnell festgestellt, dass sich ohne Veränderungen zum Jahresende ein Defizit von etwa 350 T€ ergeben hätte. Daher habe man angefangen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aktuell habe man nur noch ein prognostiziertes Defizit von 80 T€ am Jahresende und werde bei weiteren Gegenmaßnahmen doch eine schwarze Null erreichen.

Neben dem Etat gebe es eine zweite Schwierigkeit: Es habe einen Dissens zwischen den Moderatorinnen und Moderatoren und der Programmleitung zu den Moderationstarifen gegeben, was am Ende dazu geführt habe, dass nun höhere Moderationshonorare gezahlt würden als ursprünglich geplant. Auch hier würde sich am Ende des Jahres ein Defizit ergeben, wenn nicht gegensteuert werde. Dies werde nun mit der Einführung des Musiksommers getan, der parallel zum ARD Radiofestival stattfinden werde. Man werde demnach im Nordwestradio an bestimmten Flächen – und dies betreffe nur das „Medienrauschen“ und eine verkürzte Nachmittagssendung – mehr Musik spielen als es dort sonst der Fall sei. Bei „Glauben und Wissen“ und den „Buchpiloten“ würden Sendungen wiederholt, so dass dort keine Kosten anfielen. Diese Gegenmaßnahmen garantierten nicht nur rechnerisch eine schwarze Null, sondern es handle sich auch programmlich um eine gute Entscheidung. Der Musiksommer klinge vielversprechend und es handle sich um interessante Wiederholungssendungen. Bei den Mitarbeitenden sorgten diese Entscheidungen verständlicherweise für Unruhe, allerdings könne so etwas bei einer Programmumstellung passieren. Man rede also nicht von einem strukturellen Defizit, sondern von einem Umstellungsdefizit. Er sei zuversichtlich, dass sich dies in 2015 nicht wiederholen werde, da hier von Anfang an eine bessere Planbarkeit gegeben sei.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Weyrauch und gibt das Wort noch einmal an Herrn Metzger, der zu seinem Bericht noch vier Ergänzungen vornimmt.

Herr Metzger gibt folgende Programmhinweise:

- Seit Mai 2014 bis in den Herbst hinein werde die 7. Staffel der Radio Bremen-Serie „Seehund, Puma & Co“ gedreht. Die 30 neuen Folgen würden voraussichtlich im Juli 2015 im Ersten erstausgestrahlt. Bis April 2014 sei die 6. Staffel mit 45 Folgen abgedreht worden, die ab Ende September 2014 im Ersten zu sehen sei.
- Am 18. August 2014 zwischen 23:30 und 00:15 Uhr strahle das Erste die Radio Bremen-Produktion „Die Wunderpille der Wehrmacht“ aus. In der Dokumentation werde einer der bislang am wenigsten bekannten Aspekte der deutschen Militärgeschichte beleuchtet: die Rolle leistungsfördernder Arzneimittel von der NS-Zeit bis in die Gegenwart.

Ferner teilt Herr Metzger zwei Personalien mit:

- Die Personalchefin Frau Afflerbach habe Radio Bremen Ende Juni aus persönlichen Gründen verlassen. Das Direktorium habe sich für Herrn Niemeyer als Nachfolger entschieden. Der Verwaltungsrat müsse dieser Personalentscheidung noch zustimmen und habe seine nächste Sitzung am 1. August 2014, so dass Herr Niemeyer die Abteilungsleitung zunächst kommissarisch übernommen habe.
- Der Chefredakteur Martin Reckweg werde Radio Bremen zum 1. September 2014 verlassen und zum NDR in Hannover wechseln. Es würden aktuell Bewerbungsgespräche geführt und man hoffe, bis zum Herbst eine geeignete Nachfolgerin oder einen geeigneten Nachfolger gefunden zu haben.

Abschließend informiert der Intendant, dass an die Rundfunkratsmitglieder eine neue Broschüre mit dem Radio Bremen-Gesetz verteilt worden sei. Diese habe man aktualisiert, nachdem im April 2014 das neue Radio Bremen-Gesetz in Kraft getreten sei.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich für die Informationen. Sie lobt insbesondere die Wiederbelebung der Traditionsreihe „Unter deutschen Dächern“ mit Sendestart im Herbst 2014 und das crossmediale Projekt „Musikhelden“, das an die Tradition wegweisender Musikformate von Radio Bremen anknüpfe.

Frau Schuylenburg erklärt, das Bild in Bezug auf die im Haus geführte Debatte über die Verwendung der Mittel ein Stück weit komplettieren zu wollen. Der im Herbst abgeschlossene Tarifvertrag habe eine Laufzeit von 24 Monaten, so dass die Höhe der Personalkosten bis zum Herbst 2015 feststehe. Es könne also frühestens ab Herbst 2015 eine veränderte Personalkostenab-

schätzung mit Blick auf 2016 geben, so dass dann auch erst Unsicherheiten in diesem Punkt zu konstatieren seien.

Herr Metzger habe darauf hingewiesen, dass Wünsche aus der Programmleitung geäußert worden seien – maßvoll, i.H.v. 7,7 Mio.€. In der Personalversammlung vor zwei Tagen hätten die Beschäftigten auf verschiedene Punkte hingewiesen, bei denen ihrer Meinung nach Finanzierungsmängel bestünden bis hin zur strukturellen Unterfinanzierung. Dieser Ausdruck sei durchaus gefallen und das Bild, das die jeweiligen Redaktionsverantwortlichen und die Beschäftigten abgegeben hätten, passten hier durchaus zueinander. Auch in einer Redaktionskonferenz beim Nordwestradio sei ihres Wissens die Frage einer strukturellen Unterfinanzierung diskutiert worden. Dort sei man offenbar auch seitens der Leitung nicht fest davon überzeugt, dass es sich um eine einmalige Überziehung handle, sondern möglicherweise um einen in der Programmreform angelegten Mehrbedarf an Finanzmitteln.

Zudem wolle sie dem Eindruck entgegenwirken, dass die Frage der Honorierung von Moderationsleistungen im Nordwestradio Schuld daran trage, dass es nun im Sommerprogramm einen erhöhten Anteil von Musiksendungen geben werde. Dies sei mitnichten der Fall, denn soweit ihr bekannt sei, seien die Planungen für den Musiksommer – also das Einfrieren von Wortsendungen, insbesondere im Kulturprogramm – vorher beschlossen worden, um der sich ankündigenden Überziehung entgegenzuwirken. Die Frage der Honorierung und etwaiger Mehrkosten habe sich erst im Nachhinein angefügt.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt, ob es so sei, dass es für Moderationsleistungen zwar eine Tarifierhöhung gegeben habe, die Moderatorinnen und Moderatoren unter dem Strich aber wegen weniger Einsatzzeiten weniger Geld verdienen.

Herr Weyrauch betont, die Entscheidung für den Musiksommer sei erst gefallen nachdem klar gewesen sei, dass man im Sinne einer Erhöhung der Moderationshonorare würde nachgeben müssen, um in der Debatte weiterzukommen. Daraufhin sei diese weitere Finanzlücke aufgetreten und der Musiksommer beschlossen worden – ansonsten hätte man ihn nicht angesetzt. Insofern seien die höheren Moderationshonorare durchaus ursächlich. Ungerecht sei an der Stelle, dass von den Streichungen während des Musiksommers Moderatorinnen und Moderatoren anderer Sendungen betroffen seien als diejenigen, die diese Debatte befördert haben. Dies sei ein Konflikt, nur müsse man irgendwie mit der Situation umgehen, dass man am Ende des Jahres kein Defizit produzieren könne. Man müsse Lösungen innerhalb des Programms finden und habe sich für diesen Weg entschieden, da er bei der Hörerschaft nicht negativ ankomme.

Was das strukturelle Defizit angehe, könne er nur wiederholen, dass das Nordwestradio in 2014 mehr Geld zur Verfügung habe, als es das in 2013 gehabt habe. Es gebe kein strukturelles Defizit, man müsse nur erstmal lernen, mit den neuen Mechaniken, mit dem neuen Programm umzugehen. Er sei sehr zuversichtlich, dass dies nach einem Jahr gelingen werde. Bei „buten un

binnen“ sei es aufgegangen und dies werde auch beim Nordwestradio der Fall sein.

Auf die Frage **aus dem Rundfunkrat** nach den Planungen für das Nordwestradio in 2015 und ob es dort auch programmliche Veränderungen wie den Musiksommer geben werde, antwortet **Herr Weyrauch**, dass man sich aktuell in einem Lernprozess befinde, wie das neue Nordwestradio redaktionell funktioniere und wie man die Stundenuhren möglichst sinnvoll füllen könne. Daraus ergebe sich eine bessere Planbarkeit, wie man den Gesamt-Etat des Nordwestradio innerhalb der Redaktion am besten verteile. Dies bedeute auch für die Mitarbeitenden eine bessere Planbarkeit für das nächste Jahr.

Auf die Frage **eines Rundfunkratsmitglieds**, in welcher Höhe Mittel in die Sicherung und die Erweiterung des Status Quo in 2014/2015 fließen, erklärt **Herr Schrader**, dass 6,5 Mio.€ der zusätzlichen 10 Mio.€ in die Sicherung fließen. Durch eine Vorwegnahme von 1,7 Mio.€ habe man in 2014/2015 bereits verschiedene Projekte angeschoben, so dass noch 1,8 Mio.€ für neue Programmvorhaben verblieben.

Frau Lemke-Schulte bestätigt, dass feststehe, dass Radio Bremen keine großen Sprünge machen könne, aber die Phase dieser Gratwanderung abgeschlossen sei, sich immer bescheiden zu verhalten und dennoch Innovation und Kreativität des Senders beizubehalten und zu stärken. Was dem Rundfunkrat vorgetragen bzw. an programmlichen Schwerpunktsetzungen genannt worden sei, weise in die richtige Richtung. Was die nun aufkommenden Sparzwänge bei den größeren Landesrundfunkanstalten betreffe, so erfolgten diese auf einem anderen Niveau. Eine Einsparung von 30 Mio.€ beispielsweise würde für Radio Bremen eine totale Programmeinstellung bzw. den Niedergang des Senders bedeuten. Dies müsse man alles in Relation sehen.

Ein Rundfunkratsmitglied erklärt, dass in Anbetracht der budgetären Zwänge nachzuvollziehen sei, dass ein Großteil der zusätzlichen Mittel für die Sicherung des Status Quo und das „Me too“ in der technologischen Weiterentwicklung, bei der der Sender nicht zurückbleiben dürfe, vorgehalten werden müsse. Es fragt in diesem Zusammenhang, wann es das Radio Bremen-Programm in HD-Qualität geben werde. Das Mitglied erinnert zudem daran, dass Radio Bremen in der Vergangenheit die mediale Experimentierbühne von Radio und Fernsehen gewesen sei und Innovationen zustande gebracht habe, die die Medienlandschaft in ganz Deutschland befruchtet hätten – von buten un binnen und 3nach9 bis hin zum Beat-Club. Dies sei in den letzten zehn, 15 Jahren zunehmend schlechter gegangen, weil die budgetäre Situation immer enger geworden sei. Insofern wäre es tatsächlich zu begrüßen, wenn mit der neuen Ausstattung gezielt Nadelstiche gesetzt werden könnten, um Radio Bremen wieder zur Kreativ- und Experimentierbühne in Deutschland zu machen. Abschließend lobt das Mitglied noch das ARD Radiofestival 2014, zu dem ein Flyer ausliegt, und weist darauf hin, dass es in Bremen eines der zehn weltbesten und innovativsten Orchester gebe, das weltweit eine ungeheure mediale Ausstrahlung und Bedeutung erlangt habe. Dieses Or-

chester tauche in dem Programm nicht auf und es wäre begrüßenswert, wenn es zukünftig in ähnlichen Sommerprogrammen vorkommen könnte.

Herr Weyrauch bestätigt, dass die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen ein hervorragendes Orchester sei, das Radio Bremen regelmäßig in seinem Programm abbilde (z.B. am 6./7. Juli 2014 mittels Berichterstattung über den „Sommer in Lesmona“ bei buten un binnen und im Nordwestradio). Dieses Orchester auf die ARD-Bühne zu bekommen gestalte sich jedoch schwieriger, da die größeren ARD-Anstalten eigene Orchester hätten. Er habe beispielsweise für das ARD-Projekt „Das Dvořák-Experiment – Ein ARD-Konzert macht Schule“ eine Zusammenarbeit mit der Kammerphilharmonie vorgeschlagen. Diese sei jedoch nicht zustande gekommen, da ansonsten nur ARD-Orchester teilgenommen hätten, die anders finanziert seien. Seiner Erinnerung nach sei es aber in den vergangenen Jahren das eine oder andere Mal gelungen, die Kammerphilharmonie in das ARD Radiofestival zu integrieren und man werde sich in dieser Hinsicht auch weiterhin bemühen.

Er gebe dem Rundfunkratsmitglied weiterhin Recht, dass Radio Bremen sich als kreativer, innovativer Sender positionieren sollte – was er auch tue. Radio Bremen setze Zeichen, wie bspw. mit dem crossmedialen Musikhelden-Projekt oder der Wochenwebschau. In der Digitalen Garage sei durch die Produktion der Tageswebschau und nun der Wochenwebschau ein Kompetenzteam für Netzthemen entstanden, von dem zunehmend auch von der Tagesschau und tagesschau.de Beiträge zu Netzthemen angefordert würden. Hier besetze Radio Bremen bspw. eine Nische, die Radio Bremen als kreativen und modernen Sender in der ARD positioniere.

Herr Metzger bestätigt, dass das, was der Programmdirektor beispielhaft an zwei Projekten beschrieben habe, genau die Absicht hinter den für die kommenden Jahre gewählten Schwerpunkten sei. Trotz deutlicher Einschränkungen gegenüber der Vergangenheit, in der noch deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestanden hätten, habe Radio Bremen den Anspruch, nach wie vor Avantgarde in der ARD zu sein. Es gelinge jetzt schon an ersten Punkten und er sei überzeugt davon, dass es mit den beiden Schwerpunkten, die man für die kommenden Jahre setze, noch mehr gelingen werde. Man werde mit dem Online-Relaunch regionale Aktualität und Online auf neue Weise verbinden. Online werde in das Zentrum der regionalen Aktualität rücken, die dann nicht mehr zuerst und alleine von Radio und Fernsehen bestimmt werde, sondern von neuen Verbreitungsmöglichkeiten über Online-Medien, vom Dialog mit dem Publikum und vom Nutzen sozialer Netzwerke. Er sei überzeugt, dass das auch für andere Landesrundfunkanstalten beispielgebend sein werde. Wenn es bei NEXT als crossmedialer Plattform für die jungen Menschen gut laufe, könne dies eine Neuauflage des Beat-Club-Phänomens werden. Wie beim Beat-Club werde es bei NEXT ebenfalls Inhalte geben, die bei den älteren Generationen auf Ablehnung und Empörung stoßen. Im Haus habe es bereits erste Kontroversen und Konflikte dazu gegeben. In diesem Programm spiele Hip-Hop eine große Rolle und es habe erste Debatten gegeben, ob man solche anstößigen und provokativen Texte als öffentlich-rechtlicher Sender überhaupt spielen dürfe. Wenn dieses Programm weitergeführt werde,

werde es also Reibung und Konflikte erzeugen. Hier werde man auf die Unterstützung und das Verständnis des Rundfunkrats angewiesen sein. Dieses Programm werde für junge Leute gemacht, die in einer anderen Welt groß werden und sich mit ihrer Jugendkultur von den Älteren absetzen und abgrenzen wollen. Es sei zu erwarten, dass dies im nächsten Jahr für Ärger und Aufsehen sorgen werde – was zugleich aber ein Zeichen dafür wäre, es gut gemacht zu haben.

Frau Nickelsen erklärt, dass man noch nicht komplett auf HD umstellen können und Radio Bremen solch umfangreiche Investitionen aus wirtschaftlichen Gründen in kleinere Schritte unterteilen müsse als dies bspw. die größeren ARD-Anstalten könnten. Die oberste Priorität hätten die ARD-Zulieferungen gehabt, die nun seit eineinhalb Jahren auf HD-Niveau erfolgen würden. Innerhalb der ARD sei – um die Kosten zu teilen – ein Plan über die Aufteilung der Satellitenkapazitäten erstellt worden. Aufgrund der geringeren Investitionsgeschwindigkeit gehöre Radio Bremen mit dem Saarländischen Rundfunk und dem Bildungsprogramm ARD-alpha (ehemals BR-alpha) zu den letzten im Konvoi. Die für die HD-Verbreitung über Satellit erforderlichen Kapazitäten könnten unter Umständen frei werden, wenn es eine Beauftragung für das geplante Jugendangebot von ARD und ZDF geben werde. Dann könnten Radio Bremen und der Saarländische Rundfunk möglicherweise 2017 komplett auf HD umstellen, andernfalls sei vorgesehen, die entsprechenden Kapazitäten ab 2019 zu erhalten.

Frau Schuylenburg weist darauf hin, dass es sich bei dem ARD Radiofestival und dem Musiksommer um zweierlei Sachen handelt. Das Radiofestival sei mittlerweile schon sehr etabliert und entstehe durch eine Zusammenarbeit der Kulturwellen der verschiedenen Rundfunkanstalten, die ein gemeinsames Programm – täglich ab 20:05 Uhr – mit Wort- und Musiksendungen bestücken. Der Musiksommer beim Nordwestradio betreffe eher die Tageszeiten und konkret drei Sendungen, und zwar die „Buchpiloten“, das „Medienrauschen“ und „Glauben und Wissen“. Anstelle dieser Wortsendungen werde es während des Musiksommers Musiksendungen geben. Das seien dann keine Konzertmitschnitte, sondern es sei geplant, Archivmaterial neu zusammenzustellen zu einem Musikprogramm, das an- und abmoderiert werde. Dies sei nicht zu verwechseln.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt zu den im schriftlichen Bericht erwähnten Ergebnissen aus der DS-Klausur, ob bereits feststehe, welche sieben der 33 in den Jahren 2014 bis 2018 frei werdenden Planstellen gestrichen werden und bittet um sachliche Begründung dieser Entscheidung.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied verweist auf die Ausführungen von Herrn Metzger in puncto Zukunftssicherung und die Bedeutung des Erreichens junger Menschen mit Migrationshintergrund (Schwerpunktsetzung NEXT). Bezüglich der in den nächsten Jahren frei werdenden Planstellen formuliert es den Appell, das Haus auch entsprechend interkulturell zu öffnen und damit der Leitlinie Integration zu folgen, die das Haus seinerzeit formuliert habe.

Der Intendant antwortet, dass man dies genauso sehe, weshalb in den Ausschreibungen stets explizit darauf hingewiesen werde, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund erwünscht seien. Hier habe man ein Thema, dem man bei der Auswahl neuer Kolleginnen und Kollegen versuche, gerecht zu werden.

Was die konkrete Zahl der frei werdenden und wieder zu besetzenden Planstellen angehe, so habe man zunächst berechnet, dass 33 Kolleginnen und Kollegen bis 2018 in den Ruhestand gehen. Was die Wiederbesetzung dieser Stellen angehe, müsse man sorgfältig vorgehen. Die Linie der vergangenen Jahre, dass man angesichts der unsicheren finanziellen Situation von Radio Bremen möglichst wenige Planstellen wiederbesetzt habe, habe man verlassen. Von den 33 Stellen würden nun 26 auf jeden Fall wiederbesetzt respektive in Honorarmittel umgewandelt. In fünf Jahren werde man sich also über sieben Stellen unterhalten müssen, also im Schnitt ein bis zwei pro Jahr. Diese Entscheidungen unterlägen dann der Mitbestimmung. Hier gebe es auch eine Kontroverse und einen Dissens mit der Personalvertretung, den man auf der letzten Personalversammlung sauber herauspräpariert habe und über den man sich in den kommenden Jahren auseinandersetzen werde. Seiner Ansicht nach gehe man hier mit viel Augenmaß vor. Radio Bremen müsse glücklicherweise nicht mehr Personal in großem Maße abbauen, aber man müsse bei jeder Stelle prüfen, ob ihre Wiederbesetzung sinnvoll sei, ob man sie sich leisten wolle oder ob es sinnvoller sei, sie in Honorarmittel umzuwandeln. Das gebiete die Verantwortung, um auch in Zukunft Spielräume aufrechtzuerhalten. Eine Entscheidung, welche Stellen konkret gestrichen würden, sei noch nicht gefallen, sondern dies werde man von Jahr zu Jahr betrachten.

Ein Rundfunkratsmitglied drückt Bedauern aus, dass die festen Einschaltplätze für die Sendungen „Medienrauschen“, „Buchpiloten“ und „Glauben und Wissen“ über den Sommer eingefroren würden. Es finde erstaunlich, dass sich die Moderationshonorare im Nachhinein noch erhöht hätten, aber es sei nachvollziehbar, dass es schwierig sei, so ein Programm zu kalkulieren. Hier hätten vermutlich gewisse Risiken gelegen. Das Mitglied schlägt vor, dass sich der Hörfunkausschuss mit dieser Angelegenheit noch einmal im Detail befasst.

Die Rundfunkratsvorsitzende weist darauf hin, dass der Vorsitzende des Hörfunkausschusses dies unter seinem Bericht habe vorschlagen wollen.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt, in welcher Form das Nordwestradio bei den Programmvorhaben in 2015 berücksichtigt werde und welche Ideen es für die Zeit nach dem Auslaufen des Vertrags mit dem NDR gebe.

Herr Metzger antwortet, dass das Nordwestradio aller Voraussicht nach in 2015 das gleiche Budget haben werde, wie in 2014. Die normalen Kostensteigerungen würden, wie bei allen anderen Programmen auch, natürlich zusätzlich abgedeckt. Das Nordwestradio sei das zu Recht am besten ausgestattete Radioprogramm Radio Bremens. Man sei aber auch der Ansicht, dass man mit dem Geld, das dort liege, sehr gutes Programm machen könne.

Wenn das von Herrn Weyrauch beschriebene Rumpeln der Übergangszeit vorbei sei, werde sich zeigen, dass auch nach dem Relaunch mit diesem Geld sehr gutes Programm zu machen sei.

Es gebe derzeit keine Pläne, nach einer Trennung vom Norddeutschen Rundfunk im Nordwestradio Umstürzendes zu ändern. Man habe erst gerade einen Relaunch gemacht, weil man der Ansicht sei, dass er richtig sei und gut funktionieren werde. Es werde ein bis drei Jahre dauern, bis das rund laufe. Wenn sich der NDR nicht mehr an dem Programm beteiligen würde und damit viel Verwaltungs- und Controlling-Aufwand für beide Seiten wegfielen, dann wäre dies eine große Erleichterung, hätte aber zunächst keine Auswirkungen auf das Programm. Man habe mit dem Nordwestradio ein Programm, das sich sehen und hören lassen könne und dieser Relaunch solle nun zunächst einmal seine ganze Pracht entfalten können über die nächsten Jahre.

Ein Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass im Programmheft für die Abendstrecke ab 23:00 Uhr im Nordwestradio jeden Tag derselbe allgemeine Text stehe („Wenn sich der Abend neigt und entspannte Atmosphäre Trumpf ist, schlägt die Stunde der NWR-Lounge.“) und fragt, ob geplant sei, den Inhalt der „Nordwestradio Lounge“ zukünftig etwas konkreter zu beschreiben.

Herr Weyrauch erklärt, dass die „Nordwestradio Lounge“ ein eigens für das Nordwestradio zusammengestelltes Musikprogramm sei, das bis 5:55 Uhr laufe. Den zitierten Text kenne er nicht, er nehme die Anregung, ihn zu überarbeiten, aber gerne mit in die Redaktion.

Frau Lemke-Schulte stellt fest, dass sich der Hörfunkausschuss noch einmal ausführlich mit dem Relaunch des Nordwestradio beschäftigen werde. Es werde Transparenz und Offenheit zwischen Rundfunkrat und dem Haus gepflegt. Sollten also gravierende Veränderungen beim Nordwestradio auftreten, dann werde der Rundfunkrat selbstverständlich darüber informiert.

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen

Frau Hamm berichtet, dass viele Punkte aus der letzten Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 18. Juni 2014 bereits angesprochen worden seien. Unter dem Punkt „Aktuelles“ habe der Finanz- und Organisationsausschuss einen Zwischenstand zu den Beratungen über die Auswirkungen der neuen Finanzausgleichsregelung für Radio Bremen erhalten. Hier sei man heute gemeinsam auf den aktuellen Stand gebracht worden. Auch das weitere Vorgehen in Bezug auf das geplante Jugendangebot von ARD und ZDF sei unter diesem Punkt thematisiert worden. Wie auch dem Bericht des Intendanten zur heutigen Sitzung zu entnehmen sei, sei unter Mitwirkung von Radio Bremen ein Trailer erstellt worden, der den Ministerpräsidentinnen und –präsidenten veranschaulichen solle, wie ein solches Jugendangebot aussehen könne. Der Finanz- und Organisationsausschuss habe hier viel Erfolg gewünscht und hoffe, dass dieses wichtige Thema etwas mehr an Fahrt gewinne.

Neben dem Bericht der ARD an die Landtage über die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Rundfunkanstalten, der noch unter TOP 9 behandelt werde, sei als zweites Hauptthema die bestehende Forderung nach einer Reduzierung der Werbung beraten worden. Herr Brunsen, Geschäftsführer der Radio Bremen Media GmbH, habe hierzu eine Präsentation gehalten. Die finanziellen Auswirkungen, die eine Reduzierung der Werbung auf Radio Bremen hätte, seien nicht zu unterschätzen. Sie würde Radio Bremen im ARD-Vergleich überdurchschnittlich stark treffen, da der Anteil der Werbeeinnahmen an den Gesamteinnahmen deutlich höher sei als bei anderen ARD-Anstalten. Es gebe aktuell vor allem in Nordrhein-Westfalen Bestrebungen, einen Einstieg in den Ausstieg aus der Werbung zu erwirken. Eine entsprechende Änderung des Landesmediengesetzes in Nordrhein-Westfalen hätte dabei nicht nur dort einen direkten Effekt zur Folge, sondern über eine voraussichtlich zurückgehende Buchung der ARD-Werbekombis auch einen Dominoeffekt auf die anderen ARD-Anstalten.

Insgesamt habe der Finanz- und Organisationsausschuss festgestellt, dass dieses Thema auf der einen Seite so komplex und auf der anderen Seite so wichtig für Radio Bremen sei, dass sich der Rundfunkrat ihm noch einmal insgesamt in seiner Sitzung am 18. September 2014 widmen sollte.

Herr Dembski berichtet, dass ihn die Informationen über die Schwierigkeiten beim Nordwestradio erst nach der Planung für die nächste Hörfunkausschuss-Sitzung am 24. Juli 2014 erreicht hätten und man daher das Thema Nordwestradio für diese Sitzung nicht mehr auf die Tagesordnung nehmen könne. Er habe diese Informationen durchaus mit großer Sorge gehört und sie hätten sich in der heutigen Sitzung auch nicht vollständig zerstreut, da es zwei sehr unterschiedliche Lesarten gegeben habe. Die optimistische Lesart, das Budget bis zum Jahresende auf die schwarze Null zu bringen und die Situation einzufangen, stehe der Wahrnehmung der Personalvertreter und des Redakteursausschusses entgegen, die auf die Möglichkeit einer strukturellen Unterfinanzierung hinwiesen. Dies zeuge von einer offensichtlich sehr unterschiedlichen Wahrnehmung. Er würde nichtsdestotrotz bei der Sitzungsplanung für die kommende Sitzung bleiben wollen, da die Verabredung gewesen sei, in der Herbstsitzung eine erste Zwischenbilanz zum Relaunch zu ziehen. Der Ausschuss sollte sich aber in der kommenden Sitzung noch mal kurz die aktuelle Situation berichten lassen. Die Entscheidung für den „Musiksommer“ sei ohnehin gefallen, wobei hier zu bedenken sei, dass es sich hierbei um eine operative Programmentscheidung handle, die man individuell bedauern oder nicht bedauern könne, der sich der Rundfunkrat oder der Hörfunkausschuss jedoch nicht entgegenstellen könnten. Insofern sei sein Vorschlag, diese Diskussion ausführlich im Herbst zu führen und davor vielleicht durchaus Fühlungnahme mit dem Redakteursausschuss aufzunehmen, um auch wirklich alle Punkte zu beleuchten, und auch zu schauen wie weit sich das Defizit bis zum Herbst durch die ergriffenen Maßnahmen reduziert habe. In seiner letzten Sitzung am 24. April 2014 habe sich der Hörfunkausschuss mit den Ergebnissen der „Media-Analyse 2014 Radio I“ beschäftigt, die der Rundfunkrat ebenfalls bereits behandelt habe. Schwerpunktthema der Sitzung sei das Kinderformat „Zebra Vier“ von „Bremen Vier“ gewesen. Die Sen-

derung spreche zunächst Sechs- bis Neunjährige und dann im Vormittagsverlauf auch ältere Kinder bzw. Jugendliche an. Der Hörfunkausschuss habe sich mit der Moderation, der Musikauswahl und –farbe, den Themen und dem Aufbau der Sendung beschäftigt und insgesamt einen sehr positiven Höreindruck gewonnen. Herr Haas habe als Anregungen dankend angenommen, dass mehr deutschsprachige Musiktitel gespielt werden sollten, mehr Cross-Promotion in Richtung „KiRaKa“ betrieben werden und eine Thematisierung religiöser Feste stattfinden sollte. Bei der beobachteten Sendung vom Ostersonntag habe die religiöse Bedeutung von Ostern keine Rolle gespielt und der Ausschuss habe hier eine Einordnung im Sinne religiöser und multikultureller Vielfalt als wichtig erachtet. Nach entsprechender Kritik in der letzten Rundfunkratssitzung sei die Teilnahmefrequenz an dieser Hörfunkausschusssitzung erfreulicherweise deutlich besser gewesen als bei den Sitzungen zuvor. In der nächsten Sitzung am 24. Juli 2014 werde es im Schwerpunkt um das Thema „Musikrotation und Musikformate“ gehen.

Frau Harttung berichtet aus der gemeinsamen Sitzung von Fernseh- und Zukunftsausschuss am 7. Mai 2014 mit dem Schwerpunktthema „Videojournalismus“, dass der Abteilungsleiter von buten un binnen, Dr. Frank Schulte, die VJ-Reporterin Anastasia Hill und der VJ-Reporter Janos Kereszti zu Gast gewesen seien. Radio Bremen fördere den Videojournalismus und biete Schulungen für die Kolleginnen und Kollegen an, die ein Interesse daran haben, als Videojournalisten (VJ) tätig zu werden. Dabei seien die VJs selten allein unterwegs, sondern häufig gemeinsam mit einem Tontechniker, da die Tonbearbeitung eine schwierige, zusätzliche Anforderung darstelle. Es komme aber auch vor, dass mit einem klassischen Kamera-Team gedreht werde, der VJ seinen Film dann aber in der „VJ-Lounge“, dem eigens für die VJs eingerichteten Schnittplatz, selbst schneide. Verschiedenste Konstellationen fielen also unter diesen Begriff.

Die Entwicklung hin zum VJ-Journalismus habe natürlich verschiedene Aspekte. Die VJ-Berichterstattung sei kostengünstiger als die klassische Produktionsweise und habe insofern inhaltliche Vorteile, als dass beim Dreh intimere Situationen hergestellt werden können und man näher an die Interviewpartner herankomme als mit einem großen Team. Ein Nachteil sei allerdings, dass auf der Produktionsseite eine Konkurrenzsituation vor allem mit den Cutterinnen und Cuttern entstehe. Zudem gebe es bei der VJ-Kamera technische Restriktionen, so dass nicht bei Zwielicht oder in dunklen Räumen gedreht werden könne. Zudem müssten teilweise bei der Qualität der Beiträge leichte Abstriche gemacht werden, da die Anforderungen an die VJs sehr hoch seien und sie die Arbeit mehrerer Spezialisten allein erledigten. Oftmals lasse sich ein VJ-Beitrag aber nicht von einem klassisch produzierten Beitrag unterscheiden und der Ausschuss habe diese Produktionsweise insgesamt als große Bereicherung und als zusätzliche Möglichkeit flexiblen Arbeitens angesehen. Die Sitzung des Fernsehausschusses am 10. Juli 2014 habe das Schwerpunktthema „Degeto“ und die Geschäftsführerin Christine Strobl werde zu Gast sein. Die Sitzung werde geöffnet für den kompletten Rundfunkrat und sie freue sich auf rege Teilnahme.

TOP 7: Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Frau Schreiner berichtet, dass der Arte-Programmbeirat am 2. April 2014 in Straßburg getagt habe und am 2. Juli 2014 in Köln. Bei der Sitzung beim WDR habe der Fernsehdirektor und Koordinator Fernsehfilm in der ARD, Jörg Schönenborn, für eine Aussprache zur Verfügung gestanden. Dabei sei es um die Zulieferungen des WDR an ARTE und die möglichen Auswirkungen des Umstrukturierungsprozesses beim WDR (Kostenreduzierung, Personalabbau etc.) auf das ARTE-Programm gegangen.

Sie wolle im Folgenden aber nicht über Nadelstiche berichten, sondern über Sternstunden und Kreativblitze:

Radio Bremen habe am 16. Juni 2014 zusammen mit ARTE in der Kunsthalle Bremen eine Film Premiere zu dem Dokumentarfilm „Sylvette und Picasso“ von Grit Lederer veranstaltet. Diese Produktion von Arte und Radio Bremen sei am 4. Juni 2014 auf ARTE ausgestrahlt worden. Die ARTE-Beauftragung von Radio Bremen, Mechthild Lehning, habe im Anschluss an den Film ein Gespräch mit der Filmautorin sowie Kai Hohenfeld von der Kunsthalle moderiert. Der Abend sei mit ca. 150 geladenen Gästen sehr gut besucht und eine gelungene Präsentation von Radio Bremen und ARTE gewesen.

In der Sitzung in Straßburg habe sie zudem von ihrem Kollegen vom Bayerischen Rundfunk den Auftrag bekommen, Mechthild Lehning auszurichten, dass die Kultur-Doku „Hitlers Madonna und die Retter der Raubkunst“ – eine RB/ARTE-Produktion – äußerst interessant gewesen sei und es ihn erstaunt habe, wie ein kleiner Sender wie Radio Bremen diese Dokumentation habe produzieren können. Es gebe also auch eine Außenwirkung bei anderen ARD-Anstalten bzw. bei ARTE selbst. Herr Latzel, der ARD Geschäftsführer von ARTE Deutschland, habe dann noch ergänzt, dass die ARTE-Beauftragte von Radio Bremen sehr wach auf interessante Themen für ARTE reagiere und auch sehr gute Kontakte zu Produzenten habe und pflege, was seitens ARTE sehr geschätzt werde.

Frau Schreiner berichtet weiter, dass ARTE Concert in Zusammenarbeit mit Radio Bremen ein Radiokonzert vom Jazzahead-Festival in Bremen, die „European Jazznight“ gestreamt habe. Hier sei ein besonders junges Avantgarde-Publikum erreicht worden.

Der Marktanteil liege in Deutschland in 2014 bei 1 Prozent. Dies sei eine Steigerung zu 2013 um 0,9 Prozent und auch in Frankreich habe sich die Akzeptanz verbessert.

Was die Programmbeobachtung angehe, habe sich der Beirat in der Aprilsitzung mit „Geschichte und Thema am Dienstag“ beschäftigt. Gegenstand seien zwei Themenabende gewesen: „Putins Spiele“ (MDR/ARTE-Produktion) und „Enteignung auf Russisch“ (ZDF/ARTE-Produktion). Für den Geschichtssplatz habe man die Dokumentation „Lockerbie – Todesflug Pan AM 103“ betrachtet. Alle drei ausgewählten Beiträge habe der Programmbeirat sehr ge-

schätzt und deshalb die Empfehlung ausgesprochen, die investigativen Dienstag-Themenabende in diesem Stil fortzusetzen.

In der Julisitzung habe sich der Programmbeirat zu den Produktionen „24 Stunden Jerusalem“ und der achteiligen Serie „14 Tagebücher des Ersten Weltkrieges“ ausgetauscht. „24 Stunden Jerusalem“ sei ein außergewöhnliches Projekt, das unter schwierigsten Bedingungen entstanden sei. Es sei am 12. April 2014 bei ARTE und auch beim Bayerischen Rundfunk in Echtzeit ausgestrahlt worden. Es seien 70 Drehteams und 90 Protagonisten beteiligt gewesen, das Projekt habe 500 Drehstunden bzw. insgesamt vier Jahre gedauert. Zusätzlich zur linearen Ausstrahlung habe es am Sendetag ein großes Second Screen-Angebot mit Zusatzinformationen zum Fernsehereignis gegeben. Das Webprojekt sei kollektiv gewesen, da nicht nur Vines (kurze Videos) von Filmteams live vor Ort hätten erstellt werden können, sondern auch von den Usern selbst. Der Programmbeirat habe die Umsetzung der Schilderung des Alltags in Jerusalem in all seinen Facetten als sehr gelungen angesehen, da sie der Realität entsprochen habe, ein ausgewogenes Bild erzeugt und die politische Dimension erfasst worden sei. Alle Facetten seien objektiv dargestellt worden und der Beirat habe seine Bewunderung für die Leistung ausgesprochen. Kritisch gesehen worden seien das 24-Stunden-Format und der Ausstrahlungsmodus; insgesamt habe es aber ein großes Lob für dieses aufwendige Filmprojekt gegeben.

Die „14 Tagebücher des Ersten Weltkrieges“ seien ein achteiliges Dokudrama auf Basis von 14 Tagebüchern von 14 Menschen aus acht Nationen, das die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts aus der persönlichen Sicht dieser 14 Menschen zeige. Die Reihe sei aus der subjektiven Sicht von Soldaten, Kindern, Hausfrauen, aber auch aus der Sicht von Prominenten wie Ernst Jünger und Käthe Kollwitz erzählt. Dahinter stehe ein großes internationales Produktionsteam mit Menschen aus 28 Nationen. Auch diese Arbeit habe insgesamt vier Jahre gedauert inklusive einer unglaublichen Vorrecherche und großem Aufwand beim Sichten von historischem Filmmaterial. Zusätzlich zu der linearen Ausstrahlung habe es ein großes Webspecial von SWR, ARTE, Das Erste, NDR und WDR gegeben – die erste große Kooperation zwischen ARD und ARTE im Onlinebereich. Der Programmbeirat habe diese Form des neuen dokumentarischen Formats als exzellent gelungen bewertet. Es sei mit Abstand die beste Auseinandersetzung mit dem Thema Erster Weltkrieg, die bisher gezeigt worden sei. Die Serie zeichne ein lebendiges Bild mit hoher Glaubwürdigkeit. Ein großes Lob habe es auch für die Onlineangebote und vorrangig das Webspecial gegeben.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Frau Schreiner für den Bericht. Frau Ella-Mittrenga habe sich für die heutige Sitzung entschuldigt, so dass ihr Bericht aus dem ARD-Programmbeirat nachgereicht werde.

TOP 9: Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 11/2014

Frau Hamm berichtet, dass der Bericht im Finanz- und Organisationsausschuss diskutiert worden sei. Dabei sei es vor allem um kleinere Detailfragen gegangen, die Herr Schrader in gewohnter Manier zu höchster Zufriedenheit habe beantworten können. Ansonsten habe man feststellen müssen, dass der Bericht zwar von April 2014 sei, sich die Zahlen aber auf die Zeit vor der Einführung des Rundfunkbeitrags bezögen, so dass dieser Bericht für die gegenwärtige Situation nur geringe Aussagekraft habe. Entsprechend der Beschlussvorlage habe der Finanz- und Organisationsausschuss den Bericht zur Kenntnis genommen.

Der Rundfunkrat nimmt den gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag erstellten Bericht der ARD an die Landtage zur Kenntnis.

TOP 10: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 12/2014

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 20. Februar bis 10. Juni 2014 zur Kenntnis.

TOP 11: Verschiedenes

Der Intendant lädt die Rundfunkratsmitglieder zu dem sich an die Sitzung anschließenden Sommerempfang ein.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Metzger sowie bei allen übrigen Anwesenden für die konstruktive Beratung und Zusammenarbeit. Sie schließt die Sitzung um 19:15 Uhr.

Genehmigt:



Eva-Maria Lemke-Schulte
Vorsitzende des Rundfunkrates

Protokoll:



Merle Schmidt

Anlage: Präsentation „Deutsche Fernsehlotterie“ von Christian Kipper

Deutsche Fernsehlotterie

macht **mehr** als glücklich

Bremen, 3. Juli 2014

Deutsche Fernsehlotterie

Deutsche Fernsehlotterie

- 👉 Entstanden 1948 aus Hilfsmaßnahmen für Kinder im kriegszerstörten Berlin: Erholungsreisen an einen „Platz an der Sonne“
- 👉 1956: Erste Fernsehlotterie; die Ziehungen werden erstmals von der ARD ausgestrahlt. Seit 1960 eine gemeinnützige GmbH
- 👉 Mittelverwendung des Spielkapitals p.a. lt. Staatsvertrag: mind. 30% Gewinnausschüttung, mind. 30% Förderung sozialer Projekte, 17% Lotteriesteuer, ca. 10% Verwaltung
- 👉 Mai 2012: Die „ARD Fernsehlotterie - Ein Platz an der Sonne“ wird zu „Deutsche Fernsehlotterie“
- 👉 Glücksspielstaatsvertrag schränkt Werbe- und Vertriebsmaßnahmen seit 2008 drastisch ein. Folge: Mitspieler- und Umsatzrückgang; rückläufige Förderungen auch im Sendegebiet


DEUTSCHE
Fernsehlotterie 
macht mehr als glücklich



Deutsche Fernsehlotterie

Markenrelaunch

- ☺ Neuer „alter“ Eigenname betont Fördertätigkeit in Deutschland
- ☺ Neues, frisches Logo mit sympathischem Key-Visual („helfende Hand“, „lachendes Gesicht“, „Sonne“)
- ☺ Neuer Claim „macht **mehr** als glücklich“ betont Hilfeauftrag
- ☺ Verbundenheit mit der ARD bleibt über die Trademark bestehen



DEUTSCHE
Fernsehlotterie¹
macht mehr als glücklich



Deutsche Fernsehlotterie

Stiftung Deutsches Hilfswerk

- ☞ Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Hamburg, gegründet 1967 durch den NDR im Auftrag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- ☞ Förderung gemeinnütziger Einrichtungen, die den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege angeschlossen sind, sowie gemeinnütziger Freier Träger
- ☞ Förderung erfolgt aus Mitteln der Fernsehlotterie über Antragstellung bei der Stiftung, Vergabesitzungen zweimal im Jahr
- ☞ Zuwendungen erfolgen anteilig, gemäß Förderrichtlinien und Satzung des DHW
- ☞ Im Vorstand vertreten: BMFSFJ, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Berlin, Freie und Hansestadt Hamburg, KDA, BAGFW, ARD
- ☞ Im Kuratorium vertreten: Deutscher Städte- und Gemeindebund, KDA, DRK, AWO, Caritas, Diakonie, ZWST, Der Paritätische, ARD


DEUTSCHE
Fernsehlotterie
macht mehr als glücklich



Deutsche Fernsehlotterie

Bilanz



- ☺ Seit 1956: Mehr als 1,65 Mrd.€ für über 7.000 soziale Projekte und Einrichtungen eingespielt und über die Stiftung Deutsches Hilfswerk ausgeschüttet
- ☺ 2009: 72 Mio.€ für 355 soziale Projekte (Sendegebiet RB: 1,75 Mio.€ / 12 Projekte)
2010: 66,6 Mio.€ für 294 soziale Projekte (Sendegebiet RB: 628.281€ / 3 Projekte)
2011: 53 Mio.€ für 258 soziale Projekte (Sendegebiet RB: 431.145€ / 4 Projekte)
2012: 47,4 Mio.€ für 242 soziale Projekte (Sendegebiet RB: 99.700€ / 1 Projekt)
- ☺ **2013:**
51,7 Mio.€ für 272 soziale Projekte bundesweit
664.533€ für 3 soziale Projekte im Sendebereich von Radio Bremen

DEUTSCHE
Fernsehlotterie 
macht mehr als glücklich





Deutsche Fernsehlotterie



Beispielprojekte im Sendegebiet von RB

 **Johanniter-Hospiz Lilge-Simon-Stiftung in Bremen** 
Innenausstattung für das „Haus Hügel“
(Fördersumme 2013: 77.533 Euro)



 **Christliches Reha-Haus in Bremer** 
Neubau eines Pflegeheimes
(Fördersumme 2013: 300.000 Euro | Gesamt seit 2003: 875.092 Euro)

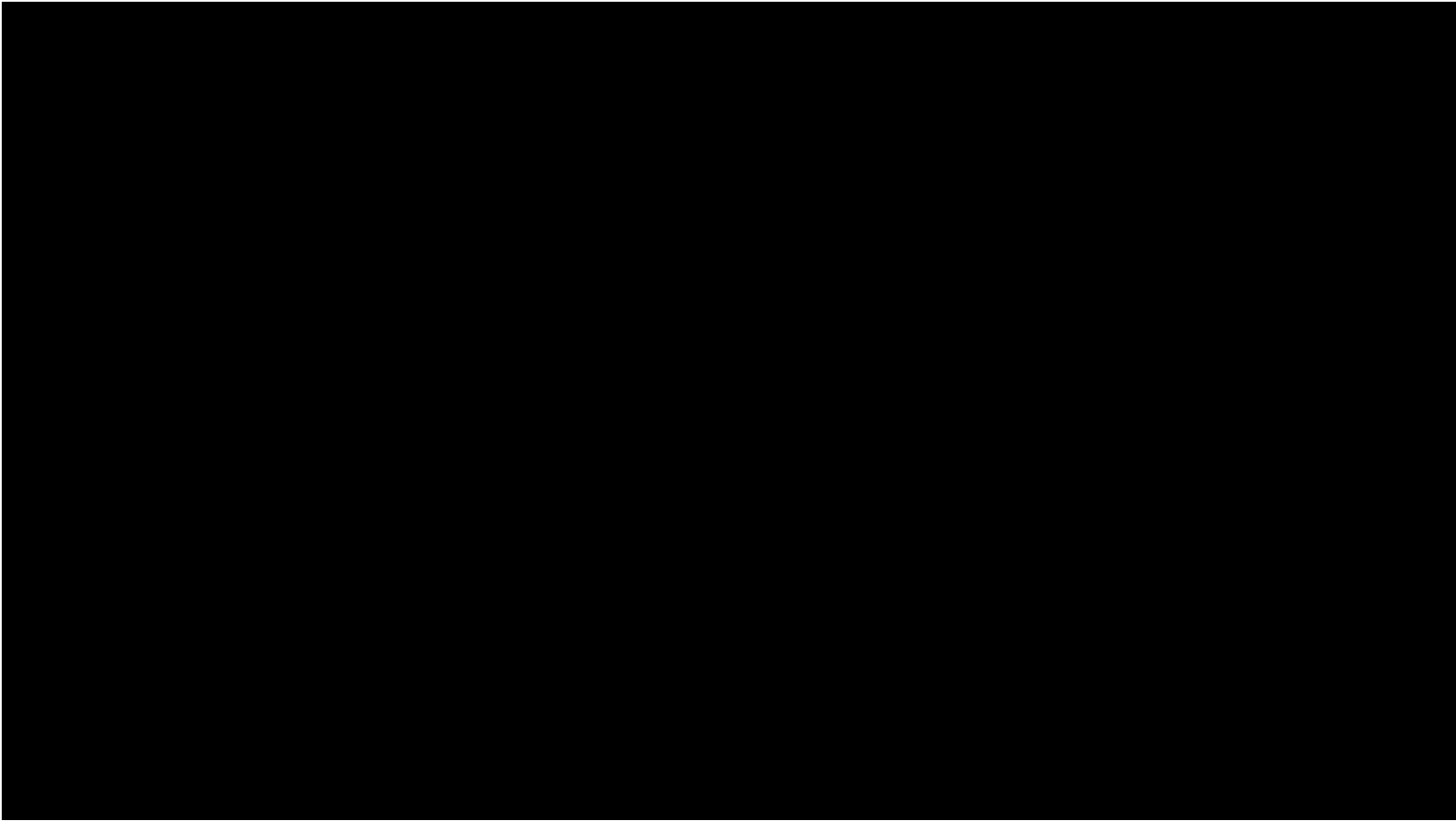


 **Tagespflegeeinrichtung in Bremerhaven** 
Bau einer Tagespflegeeinrichtung für pflegebedürftige ältere Menschen
(Fördersumme 2013: 287.000 Euro)




DEUTSCHE
Fernsehlotterie 
macht mehr als glücklich





DEUTSCHE
Fernsehlotterie ¹
macht mehr als glücklich



Deutsche Fernsehlotterie

Ausblick / Herausforderungen

- ☺ Der neue **Glücksspielstaatsvertrag** ist seit dem 1. Juli 2012 in Kraft und bringt einschneidende Veränderungen im Markt
- ☺ Hoher Wettbewerbsdruck durch deutlich verstärkte Konkurrenzsituation
- ☺ Verlust der Sonderstellung für Soziallotterien (Konkurrenzsituation künftig auch im TV)
- ☺ Öffnung des Marktes für neue Wettanbieter, z.B. Euro Million Jackpot (jede Woche 10 Mio. Euro, 1x pro Monat 90 Mio. Euro) und Sportwetten
- ☺ Restriktive Werbe- und Vertriebsmöglichkeiten


DEUTSCHE
Fernsehlotterie¹
macht mehr als glücklich



Ausblick / Herausforderungen

- ☞ **Verändertes Mediennutzungsverhalten:** Zu Zeiten des Monopols kamen Menschen an Fernsehlotterie nicht vorbei. Mit dem Aufkommen der privaten TV-Anbieter: Publikum spaltete sich auf (Private: eher jüngere Zielgruppen)
- ☞ Internet hat Mediennutzungsgewohnheiten drastisch verändert
- ☞ Zielgruppen werden zu eigenen Programmgestaltern; Programminhalte werden über das Internet abgerufen und individuell zusammengestellt
- ☞ Die Zielgruppen bestimmen ihre Kommunikationswege- und Kommunikationsformen heute selbst

-> Fernsehlotterie wird über Fernseh-Plattformen von immer weniger Menschen wahrgenommen

-> Aufwand für die Präsentation und Bewerbung der Angebote der Soziallotterien im TV und über neue Wege und Kanäle steigt deutlich



Deutsche Fernsehlotterie

Ausblick / Herausforderungen

- ☞ **Vertrieb über Banken, Sparkassen, Postämter nimmt deutlich ab**
- ☞ **Internet als "Partner des täglichen Lebens"**
- ☞ "Einkauf im Netz" gelernt
- ☞ Soziallotterien dürfen das Internet als Vertriebskanal nur sehr eingeschränkt und für das Medium untypisch nutzen

-> Fernsehlotterie darf dem geänderten Nutzungsverhalten ihrer Kunden nicht entgegenkommen


DEUTSCHE
Fernsehlotterie
macht mehr als glücklich



Deutsche Fernsehlotterie

Ausblick / Herausforderungen

☺ **Idee der Soziallotterie** („Helfen und Gewinnen“) muss über attraktive Plattformen und Aktionen in die Gesellschaft getragen werden. Die Ansprache junger Zielgruppen und die Schaffung von Vertriebsmöglichkeiten bleiben die wichtigsten Anliegen der Fernsehlotterie.


DEUTSCHE
Fernsehlotterie
macht mehr als glücklich



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Deutsche Fernsehlotterie gGmbH
Harvestehuder Weg 88
20149 Hamburg
www.fernsehlotterie.de

